



rotolo

Nr. 30
Juni 1994

An alle Haushalte

INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

Am 12. Juni zur Europawahl gehen!

Für ein Europa der Bürger- gegen ein Europa der Bürokraten

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Wo immer man hinhört, Begeisterung für Europa ist nicht zu entdecken. Die Wahlen zum Europäischen Parlament sehen die meisten nur als lästige Pflichtübung. Wozu auch, von Brüssel sind sowieso nur bürokratische Richtlinien zu erwarten, die einem das Leben schwerr machen. Also klann man den ganzen Aufwand am besten gleich vergessen.

Eine traurige Einstellung, wie ich meine. Offenbar haben die Menschen schon wieder vergessen, was unbs die Zusammenarbeit in der EG/EU gebracht hat. Erinnern Sie Sich noch an die Schlagbäume an den Grenzen? An die Zölle, die den Einkauf von Apfelsinen und anderen nichdeutschen Waren behindert haben? An die Devisenbewirtschaftung, die Reisen ins Ausland erschwert hat? Was soll sich denn verbessert haben, fragt man sich. und denkt an die Eurokratie mit ihren Butter- und Fleischbergen, Milchquoten und Flächenstilllegungen, ihren wahnwitzigen Gütertransporten auf den Straßen Europas.

Und dennoch: Wollen wir die alten Zustände wieder haben, in denen jedes einzelne Land in Europa selbst vor sich "hinwurstele" und zum Schutz der heimischen Erzeugnisse den Import ausländischer Waren zu unterbinden versuchte? Damit wurde natürlich auch der Export ausländischer Güter ins Ausland behindert. Erst durch die wirtschaftliche Vereinigung konnten diese wirtschaftlichen Hemmnisse abgebaut werden. Ohne Europäischen Binnenmarkt kein Export, ohne Export kein Deutsches Wirtschaftswunder, ohne Wirtschaftswunder nur ein niedriger Lebensstandard, keine Reisen, nur provinzielle Rückständigkeit.

Wie kann man denn die wuchernde Eurokratie bändigen, wenn nicht mit einem Europäischen Parlament, das die Bürokraten in ihre Schranken weist! Bis jetzt sind es doch die Beamten der Brüsseler Kommission und der Ministerat, die über Europa ein bürokratisches

Netz von Verwaltungsregeln geworfen haben, an dem wir zu ersticken drohen. Um ungestört durch eine demokratische Kontrolle, die bis jetzt fast nur vom Europäischen Gerichtshof ausgeübt wird, das eigene Süppchen zu kochen, versuchen vor allem die europäischen Regierungen, eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments zu verhindern.

Die Vorteile der EG/EU zu wahren, die selbstherrliche Verwaltung kontrollieren und zurückdrängen, das könnte nur ein starkes Parlament. Deshalb sollten wir, die Bürger Europas, durch unser Interesse an Europa und durch Engagement für das Europäische palament diesen Eurokraten zeigen, daß nicht ihnen sondern uns Bürgern Europa gehört.

Deshalb sollten wir die Wahlen nicht als Pflichtübung sondern als Möglichkeit sehen, das Parlament gegen die Bürokraten zu stärken.

Und für uns Deutsche gilt das ganz besonders. Ohne europäische Einigung hätte es niemals eine deutsche Einigung gegeben. Daher hat Bundeskanzler Kohl die Wiedervereinigung ausdrücklich in den europäischen Rahmen gestellt. Ohne Einbindung in Europa würden die alten- und nach der Erfahrung zweier Weltkriege nicht unbegründeten- Ängste vor einem wiedervereinigten Deutschland bei unseren Nachbarn wieder hochkommen. Wir liefern erneut Gefahr, in der Welt isoliert zu werden. Das wollen die Reps und die anderen Rechtsradikalen. Die könne in ihrem dumpfen völkischen Nationalismus von der Europamüdigkeit nur profitieren.

Deshalb müssen wir Bürgerinnen und Bürger uns Europa wieder zuwenden: Um den Nationalisten einerseits, den Bürokraten andererseits entgegenzutreten. In unserem eigenen Interesse!



Überall Nulldiät

Ihr E.Habel

CDU und FDP lehnen Senkung des Wassermindestverbrauchs ab

Obwohl in keiner unserer Nachbarstädte ein Wassermindestverbrauch erhoben wird und die Berechnung dieser "zusätzlichen Grundgebühr" höchst umstritten ist, wurde ein Antrag der SPD-Fraktion, den Mindestverbrauch für Wasser von derzeit 25 Kubikmeter zumindest auf 15 Kubikmeter pro Person und Jahr zu senken, von der CDU und FDP im Stadtrat abgelehnt.

SPD-Sprecher Hiemer hatte in der Antragsbegründung deutlich auf die Nachteile dieses seit 1993 geltenden Mindestverbrauchs hingewiesen.

So müßten derzeit zahlreiche Bürgerinnen und Bürger (insbesondere alleinstehende Rentner und Rentnerehepaare), die wenig Wasser verbrauchten, pro Person trotzdem 25 Kubikmeter bezahlen.

Dieses sei bei Einführung des Mindestverbrauchs nicht beabsichtigt gewesen, vielmehr wollte man damals möglichem Mißbrauch (Nutzung illegaler Brunnen, oder Manipulationen an den Wasseruhren)

vorbeugen und auch die Besitzer z.B. von Ferienhäusern, die auch die Infrastruktur der städtischen Wasserversorgung nutzen, aber kaum Wasser verbrauchen und deshalb auch nur wenig zu zahlen hätten, sollten angemessen finanziell beteiligt werden.

Man sei damals davon ausgegangen, daß die 25 Kubikmeter von jedem Einwohner auch tatsächlich verbraucht werden.

Heute könne man feststellen, so Hiemer weiter, daß das eine Fehleinschätzung war, da selbst Familien mit Kindern teilweise unter dem Mindestverbrauch bleiben, weil sie gezielt Wasser sparen

oder z.B. Öko-Geräte und Toilettenspülungen nutzen.

Auch diese Bürgerinnen und Bürger wollte die SPD mit ihrem Antrag durch eine Senkung des Mindestverbrauchs auf 15 Kubikmeter von "Überzahlungen" befreien.

CDU und FDP blieben jedoch hart, sie haben offenbar noch nicht erkannt, daß Wasser ein kostbarer Rohstoff ist und Wassersparen nicht über einen zu hohen Mindestverbrauch bestraft werden sollte.

Das Abstimmungsverhalten der FDP-Fraktion war besonders merkwürdig (siehe auch Artikel: "Der Zickzack-Kurs der Besserverdienerpartei")

Der Zickzack-Kurs der Besserverdienerpartei (auch FDP genannt)

Bezeichnete sich die FDP in ihrem Wahlprogramm zunächst als "Partei der Besserverdiener", mußte diese (ehrlische) Formulierung nun schnell wieder weichen. Sie könnte ja vielleicht doch einen Wähler verschrecken - an der Politik für die, denen es eh schon sehr gut in unserer Gesellschaft geht, wird natürlich nichts geändert. Randgruppen und sozial Schwache haben halt Pech gehabt, oder sind selber schuld, daß sie nicht zu den "Besserverdienenden" zählen.

In Medebach sieht der Zickzack-Kurs der FDP beispielsweise so aus:

Im Parteiblatt (Medebach Liberal Nr. 2/3-94) wird zwar der Wassermindestverbrauch von 25cbm/Person als "nicht nachvollziehbar" bezeichnet. Ein Antrag der FDP ... diesen zu

überdenken und zu streichen ..." sei mehrheitlich abgelehnt worden. Vermutlich in der einer FDP-Veranstaltung, auf der Tagesordnung des Stadtrates hat es einen solchen FDP-Antrag jedoch nie gegeben. Man bleibe aber am Ball, wurde versprochen. Wie das aussieht, konnte man in der Ratssitzung im April feststellen, obwohl sie eigentlich für eine Senkung oder Abschaffung des Mindestverbrauchs sein, stimmten die FDP-Stadtvertreter mit der CDU gegen einen entsprechenden SPD-Antrag auf Senkung des Mindestverbrauchs.

Merke: Auch gelbes Papier ist sehr geduldig.

Grube Dreislar - Zweifel bleiben

von Peter Nimscholz

Seit 1990 werden in der Grube Dreislar die ausgebeuteten Stollen mit Wirbelasche aus Kohlekraftwerken im Probebetrieb verfüllt. Der Sinn besteht darin., in der Region Dreislar Bergabsenkungen zu verhindern und andererseits die Wirbelasche "umweltgerecht" zu entsorgen b.z.w. zu deponieren.

Am 26. April waren einige Stadtvertreter und der Stadtdirektor zur Besichtigung der Grube, auf Einladung der Firma Sachtleben in Dreislar. Die Führung war für mich sehr beeindruckend. Durch diesen Besuch sollten Zweifel an der Umweltverträglichkeit des Verfahrens ausgeräumt werden.

Der technische Leiter der Gruppe versicherte uns auch noch einmal, daß es keine Probleme mit der Wirbelasche gebe. So hätten schließlich auch alle zuständigen Ämter des Landes bisher keine Umweltprobleme feststellen können.

Mir als Verfasser dieser Zeilen bleiben aber nach wie vor erhebliche Zweifel, ob die Asche aus kohlebefeuernden Kraftwerken tatsächlich völlig gefahrlos für die Umwelt ist. Regelmäßige, unvermutete Kontrollen der Aufsichtsbehörden, sowie Offenlegung aller Untersuchungsergebnisse fordert die Stadtvertretung daher sicher nicht zu Unrecht.

Impressum:
Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach,
vertreten durch den 1. Vorsitzenden Michael Hiemer
Redaktion: Ulrich Mikol
Auflage: 3100 Exemplare
Anschrift der Redaktion:
Glindfelder Weg 57, 59964 Medebach
Satz: SPD Medebach · Druck: Kräling-Druck

Verzichtet die Stadt im Ferienpark auf jährlich 80.000 DM Gebühren !?

In der April-Ratssitzung wurde zur Gewißheit, was SPD-Stadtvertreter schon vermutet (je befürchtet) hatten, Stadtdirektor Nolte bestätigte auf Anfrage der SPD-Fraktion, daß im Gran Dorado-Ferienpark nur ein Großwasserzähler installiert wurde.

Obwohl von SPD-Stadtvertretern seit Monaten darauf hingewiesen wurde, über Wasseruhren in jedem Haus oder auch andere Modalitäten eine ansprechende Beteiligung des Ferienparks an den hohen Fixkosten im Wasserbereich zu erreichen, ist ohne Beratung im Rat, ein Großwasserzähler installiert worden für den der Ferienpark derzeit maximal 1440.- DM jährlich an Zählergebühren zu zahlen hat.

Hätte z.B. jede Wohnung (oder zumindest jedes Haus), wie ursprünglich ange-dacht, eine Wasseruhr erhalten, hätten Zählergebühren von bis zu 82.000 (bei 570 Einheiten) zur Entlastung des Wasserhaushaltes jährlich vereinnahmt werden können.

Dabei ist es nur verständlich, gerade auch den Ferienpark deutlich an den hohen Fixkosten im Wasserbereich zu

beteiligen, wurden doch die millionenschweren Wasserinvestitionen der letzten Jahre (nicht nur) aber gerade auch wegen dem Ferienpark getätigt (Tiefenbohrungen Glindefeld, Pumpstation, Hochbehälter usw.)

Stadtdirektor Nolte erklärte in der Ratssitzung am 16.05.94, die Entscheidung für einen Großzähler sei nach unserer Satzung in Ordnung, da er den Ferienpark als "einen großen Gewerbebetrieb" sehe und der Einbau von Wasserzählern ein "Geschäft der laufenden Verwaltung" und somit keine Beteiligung des Rates erforderlich sei. Wenn der Rat etwas anderes wünsche, so Nolte weiter, sollten entsprechende Anträge gestellt werden.

Wir meinen: Formal mag das in Ordnung sein, politisch halten wir es jedoch fast für einen Skandal, daß alle Bürgerinnen und Bürger hohe Zählergebühren und

Mindestverbrauche bezahlen müssen und der Ferienpark, für deren Wasserversorgung Hunderttausende von Mark ausgegeben werden mußten, zahlt eine Großzählergebühr und das wars?

Die CDU scheint die Brisanz offenbar noch nicht erkannt zu haben, sie hatte in der Mai-Ratssitzung zu diesem Thema noch keine eigene Meinung. Sie verläßt sich offenbar (wie fast immer) voll und ganz auf die Verwaltung.

Lediglich ein CDU-Stadvertreter hielt den Vorschlag der SPD-Fraktion, nun doch zumindest über eine höhere Großzählergebühr den Ferienpark stärker an den Wasserfixkosten zu beteiligen und somit für etwas mehr Gerechtigkeit gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu sorgen, für nachdenkenswert (Zitat: "...darüber könne man ggf. reden")

Nun kommt sie doch die "Blaue Tonne"!

SPD-Stadtvertreter Hiemer sieht sich voll bestätigt.

Nachdem im März noch der Antrag der SPD-Fraktion auf kurzfristige Einführung der blauen Altpapier- tonne im Rat gescheitert ist, gab es für Stadtdirektor Nolte mittlerweile neue Erkenntnisse, die ihn nun veranlassten, dem Rat die Einführung jetzt zu empfehlen.

Wir wollen an dieser Stelle nicht die gesamte Diskussion der letzten Monate wiedergeben, wir stellen jedoch fest:

Bereits in der März-Ratssitzung hatte Stadtvertreter Hiemer (SPD) eindrucksvoll dargestellt, wie die Blaue Tonne in Medebach zumindest kostenneutral eingeführt werden kann. Dabei hatte er u.a. auf Unklarheiten in der Verwaltungsvorlage hingewiesen, die von der Ver-

waltung zu gering angenommene Abschöpfungsquote von Altpapier aus der grauen Tonne kritisiert und die vom Abfuhrunternehmen geforderte höhere Abfuhrvergütung als nicht gerechtfertigt abgelehnt.

Stadtdirektor Nolte bezeichnete Hiemers Argumentation damals als "Spekulationen" und "viel heiße Luft".

Heute können wir feststellen, daß Hiemers Argumentationskette sowohl was die Abschöpfungsquote, wie das Nicht-eingehen auf die Forderung des Abfuhrunternehmers nach höherer Abfuhrvergütung nicht "Spekulation und Heiße Luft" war, sondern von anderen Kommunen längst bestätigt wurde. Und

mit der Annahme, daß in der Verwaltungsvorlage die Verwertungskostenfrage unklar dargestellt sei, lag Hiemer ebenso richtig.

Aber das ist halt das Schicksal einer kleinen Oppositionsfraktion, nicht die besseren Argumente zählen letztendlich, sondern die Mehrheiten.

Die Mehrheitsfraktion hatte aber in der März-Sitzung angesichts der vielen Zahlen in der Verwaltungsvorlage offenbar die Übersicht verloren und dann wieder einmal nach der Devise verfahren: Verwaltung schlag vor - wir folgen dir (blind?).

Minister kommt !

Am 4. August wird der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Franz Müntefering, auf Einladung des SPD-Ortsvereins nach Medebach kommen.

Der konkrete Programmablauf des Ministerbesuchs wird in den nächsten Wochen über die Presse bekanntgegeben.



Die stellvertretende Bürgermeisterin der Stadt Medebach, Brunhilde Sengen, im Gespräch mit dem SPD-Europakandidaten Helmut Kuhne.

Helmut Kuhne

Unser SPD-Kandidat für das Europäische Parlament !

Auf Platz 3 der Europa-Wahlliste wurde im Bezirk westliches Westfalen der 44-jährige Helmut Kuhne gesetzt. Kuhne, der in Soest geboren wurde, ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach dem Abitur hat er 1968-1973 Soziologie in Münster studiert und mit dem Diplom abgeschlossen. Kuhne gehörte damals zu den 6 % Arbeiterkindern, die eine deutsche Universität besuchten.

Beruflich ist seine Tätigkeit heute im Bereich der berufsbezogenen Weiterbildung bei der VHS Hagen zu finden.

Über die Juso's kam er 1969 in die SPD. Neben verschiedenen Parteifunktionen, wie z.B. 1980 Mitglied der Europakommission des Bezirks Westliches Westfalen ist er auch seit 1984 als Mitglied des Kreistages Soest aktiv in der Kommunalpolitik tätig und auch durch den Vorsitz des Ausschusses für Natur- und Landschaftsschutz, allen Fragen vor Ort eng verbunden.

Helmut Kuhne hat klare Vorstellungen von seinen Zielen im Falle seiner Wahl ins Europäische Parlament:

1.) Die unverbindliche Sozialcharta muß zu einklagbaren individuellen Mindestrechten im gesamten gesamten EU-Raum weiterentwickelt werden. Nationale Gesetze und Tarifverträge dürfen darüber hinausgehen, diese Standards aber nicht unterschreiten.

2.) Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments.- Die Auseinandersetzungen um den Maastrichter Vertrag hat gezeigt, daß in Zukunft eine

Übertragung staatlicher Hoheitsrechte ohne parlamentarische Gewalt auf die EU-Ebene weder verfassungsrechtlich möglich noch politisch durchsetzbar wird. Das gilt es zu nutzen.

3.) Kuhne möchte weiter im Arbeitsbereich Medien mitarbeiten. Stichworte: Konzentrationskontrolle und Sicherung von Programmqualität.

4.) Er möchte nicht zum "Durchreisenden aus Europa" werden.

Wem traut man die Lösung der Probleme eher zu ?

| | CDU | SPD | gleich | keiner |
|-------------------------------|------|------|--------|--------|
| Wirtschaftsprobleme im Westen | 23 % | 28 % | 24 % | 18 % |
| Wirtschaftsprobleme im Osten | 18 % | 25 % | 27 % | 24 % |
| Bedrohung von außen | 26 % | 13 % | 35 % | 18 % |
| Kriminalität | 23 % | 16 % | 29 % | 27 % |
| Umweltschutz | 8 % | 37 % | 25 % | 26 % |
| Wohnungsmarkt | 13 % | 40 % | 24 % | 18 % |
| Asylbewerber | 24 % | 23 % | 22 % | 27 % |
| Arbeitslosigkeit | 15 % | 34 % | 18 % | 28 % |

(Quelle: Forschungsgruppe Wahlen)